

Amt Brück - Der Amtsdirektor -

Eingang im Sitzungsbüro:

Beschluss-Nr.: Bw-30-40/19

Aktenzeichen:

Amt: Bauen

Datum: 11.09.2019

Version: 1

zu behandeln in:

öffentlicher Sitzung

nicht öffentl. Sitzung

☒

Betreff: Antrag auf Änderung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen vom 25.10.2006 (Antrag der Fraktion Notgemeinschaft)

Kurzinfo zum Beschluss

Finanzielle Auswirkungen: Nein

Gesamtkosten: € Jährliche Folgekosten: €

Finanzierung Eigenanteil: € Objektbezogene Einnahmen: €

Haushaltsbelastung: €

Veranschlagung: **Nein** mit €

Produktkonto: FinanzH: ErgebnisH:

geprüft und bestätigt:

Unterschrift Kämmerer

geprüft und bestätigt:

Amtsleiter

Amtsdirektor

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen
GV	1	25.09.2019					

☐ Weitere Beratungsfolgen auf der 2. Seite

Unterschrift / Datum:

Vorsitzende der GV

Beschluss-Nr.: Bw-30-40/19

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen

Beschlusstext:

In der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen vom 25.10.2008 wird im §4 Anteil der Gemeinde am beitragsfähigen Erschließungsaufwand

ausgeführt: "Die Gemeinde trägt 10 v.H. des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes."

Die Gemeindevertretung möge folgende Änderung des Wortlautes beschließen:

"Die Gemeinde trägt 30 v.H des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes."

Unterschrift / Datum:

Vorsitzende der GV

Begründung

Im Ausschuss für Bauen und Ortsentwicklung wurde in der Vergangenheit bereits mehrfach darüber diskutiert, den Anteil des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes zu verändern, um die Anliegerinnen und Anlieger bei der Finanzierung von Straßenerschließungsmaßnahmen zu entlasten und damit auch einen Anreiz zu bieten, Erschließungsmaßnahmen positiver zu betrachten. Hinzu kommt, dass im Sinne des Gleichbehandlungsgrundsatzes entstehende Ungerechtigkeiten im Vergleich mit der bereits durchgeführten Erschließungsmaßnahme in der Lehniner Straße beseitigt werden. Wir sehen das als Zwischenlösung bis auch die Abschaffung der Erschließungsbeiträge für Sandstraßen realisiert ist.

Hinweis der Verwaltung:

Eine Erhöhung des Eigenanteils ist gemäß § 63 BbgKVerf mit den allgemeinen Haushaltsgrundsätzen (z.B. Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, Sicherung der Zahlungsfähigkeit) und dem zukünftig aufzustellenden Haushaltssicherungskonzept nicht vereinbar. Demgemäß hat die Gemeinde ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist. Mit der Erhöhung des Eigenanteils um 20 % geht der Gemeinde damit Liquidität verloren, wodurch die Realisierung anderer wichtiger Projekte - Kitaneubau mit Gemeindesaal - in Frage gestellt wird.

